



# Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal

## Arbeitskreis: Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft

### 3. Sitzung

28. März 2008

### Protokoll



Datum: 28. März 2008  
 Beginn: 16.10 Uhr  
 Ende : 20.30 Uhr  
 Ort: Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin, Mehringdamm 129, 10965 Berlin  
 Mediatoren und Protokoll: Beate Voskamp & Stefan Kessen

**Teilnehmer/innen an der 3. Sitzung des Arbeitskreises:**

**Wasser- und Schifffahrtsverwaltung**

Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin	Herr Dingler	Schifffahrtsbüro	anwesend
	Frau Kummerlów	Stellv. Amtsleiterin	anwesend
	Herr Augsten	Außenbezirksleiter Neukölln	entschuldigt

**Senat von Berlin**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Oberste Denkmalbehörde	Frau Kayser		entschuldigt
---	-------------	--	--------------

**Anwohner / Bürger**

Bürgerinitiative und Verein "Bäume am Landwehrkanal"	Frau Enwaldt	1. Vorsitzende	anwesend
	Herr Heitmann		anwesend
	Herr Ginsberg	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Herr Appel	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Frau Dorbert	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Frau Kleimeier		anwesend
	Herr Paulus	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Frau Fortwengel	Anwohnerin	anwesend
Bürgervertretung AG Landwehrkanal	Herr Scharz		nicht anwesend

**Schifffahrt**

Bundesverband Binnenschifffahrt e.V.	Herr Grondke	Fachausschuss Personenschifffahrt	entschuldigt
Reederei Riedel GmbH	Herr Freise	Geschäftsführer	nicht anwesend
Stern und Kreis GmbH	Herr Loch	Geschäftsführer	entschuldigt
	Herr Lehmann	i.V. Herr Loch und Herr Grondke	anwesend
SpreeCab GmbH	Herr Heß	Geschäftsführer	anwesend

**Wassersportverbände**

Wirtschaftsverband Wassersport e.V. Berlin	Herr Hiller	Geschäftsführer	anwesend
--	-------------	-----------------	----------

**Berliner Wirtschaft**

IHK Berlin	Herr Brückmann	Bereichsleiter Infrastruktur und Stadtentwicklung	entschuldigt
	Herr Deitmar	i.V. von Herrn Brückmann	entschuldigt

**Sonstige / Gäste**

Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Wasserbehörde	Frau Schulze		nicht anwesend
---	--------------	--	----------------

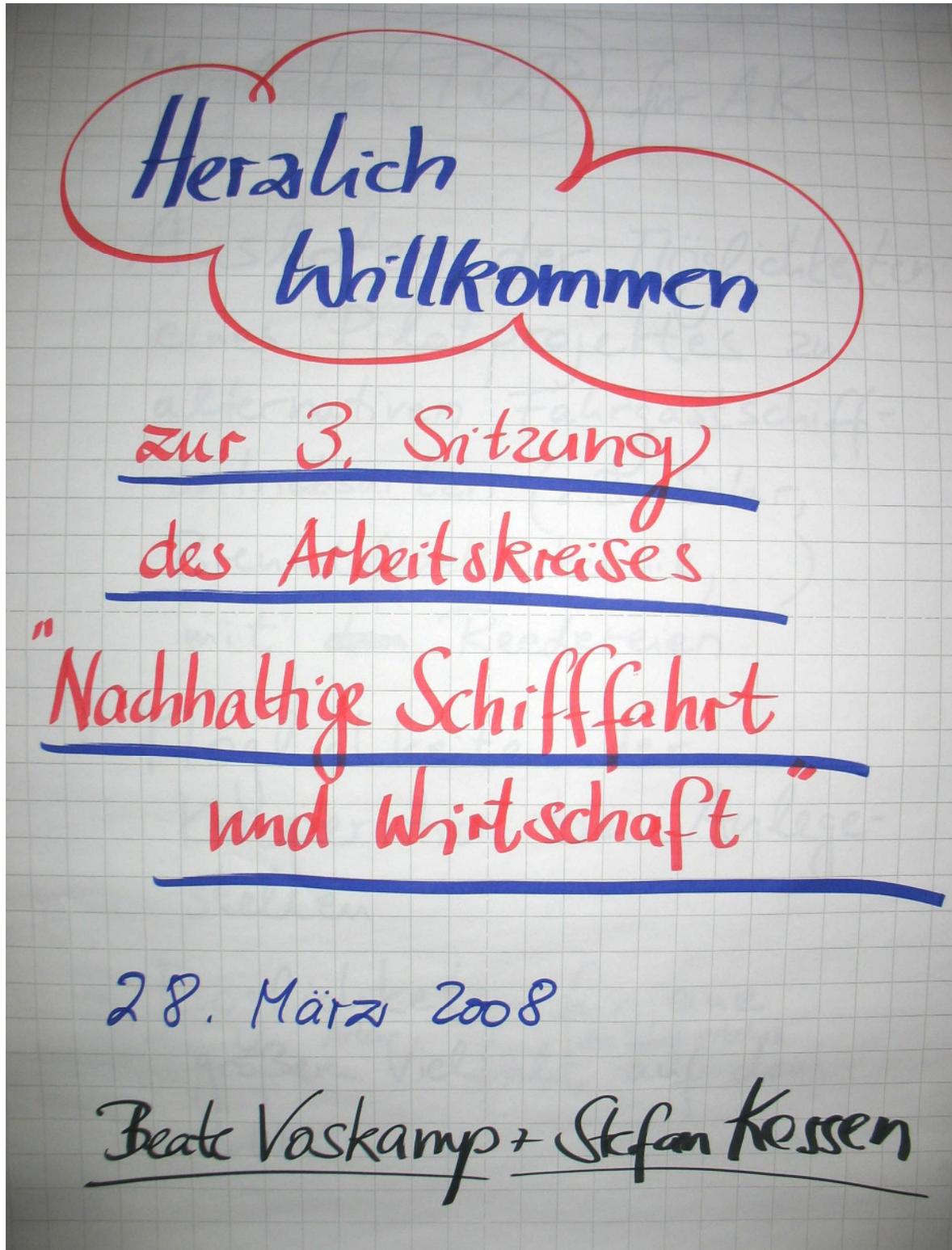


## Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Themenbearbeitung, Interessenklärung, Lösungsoptionen, ggf. Formulierung Beschlussvorlage/n
  - 3.1 Umgang mit der Nachhaltigkeitsdiskussion
  - 3.2 Nutzung des Kanals
  - 3.3 Informationsbedarfe
  - 3.4 Mögliche Tagesordnungspunkte für den Arbeitskreis
4. Verschiedenes
5. Verabschiedung

## TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

zur 3. Sitzung des Arbeitskreises „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“:



## **TOP 2: Beschluss über die Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde mit folgenden Ergänzungen beschlossen:

- Umgang mit der Nachhaltigkeitsdiskussion aus der 1. Sitzung dieses AK's klären (Herr Paulus)
- Bestandsanlegestellen: Klärung über Genehmigungsaufgaben, Unterhaltungspflichten, Prüfung und Vorgehen bei Nichteinhaltung (Herr Heitmann)

Im Zuge des Beschlusses über die Tagesordnung kam eine Diskussion über Vorgehen und Arbeitsweise dieses Arbeitskreises auf, die inhaltlich und methodisch geführt wurde (s.u.).

Der Klärungsbedarf über die Anlegestellen wurde inhaltlich dem TOP „Nutzung des Kanals“ zugeordnet.

## **TOP 3: Themenbearbeitung**

### **TOP 3.1: Umgang mit der Nachhaltigkeitsdiskussion**

Herr Paulus äußerte den Wunsch nach Formulierung einer Beschlussvorlage für das Forum, in der darin übereingekommen werde, was das Forum unter „nachhaltiger Schifffahrt“ verstehe. Seiner Auffassung nach wäre ein Ziel solch einer Beschlussfassung, eine Ergänzung der Begriffe „Sicherheit und Leichtigkeit“ des Schiffsverkehrs um den Begriff der „Nachhaltigkeit“ in den entsprechenden Gesetzeswerken. Dies würde die Umsetzung eines CO<sub>2</sub>-freien Schiffsverkehrs begünstigen und die dadurch bedingte Luftbelastung vermindern helfen.

Herr Appel erinnerte daran, dass eine Information zum Stand einer geplanten Einbeziehung der Schifffahrt in die Umweltzone noch ausstünde. Auch eine Information über Grenzwerte und Restriktionen hinsichtlich Lärm- und Luftmissionen und –emissionen wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert. Die Zuständigkeit hierüber läge nach Auskunft des WSA bei der Senatsverwaltung SenGUV.

Frau Kummerlöh merkte im Zuge der nachfolgenden Diskussion an, dass Themen und Fragestellungen nicht im verbalen Schlagabtausch zufriedenstellend bearbeitet werden könnten, sondern auch einer ausreichenden Vorbereitung und der konkreten Mitarbeit aller Arbeitskreismitglieder bedürften. So auch die Definition des Begriffes "Nachhaltigkeit".

### **TOP 3.2 Nutzung des Kanals**

Hinsichtlich des Umgangs mit Bestandsanlegestellen gab es Klärungsbedarf. Herr Heitmann warf Fragen auf über Inhalt und Umfang von Genehmigungsaufgaben von Anlegestellen, insbesondere Unterhaltungspflichten des/der Betreiber und wie ggf. solche Auflagen geprüft würden und im Falle einer Nicht-Einhaltung sanktioniert würden durch die zuständigen Behörden und welche Bedingungen erfüllt werden müssten, die zur Rücknahme einer Genehmigung führen würden. Hierzu wurde von den Teilnehmern/innen erneut die Teilnahme von Frau Schulze von der Wasserbehörde/SenGUV gewünscht.

Frau Kummerlöh führte aus, dass die Betreiber in der Regel eine Auflage zur Peilung hätten. Die Durchführung von Unterhaltungsverpflichtungen sei nicht anzeigepflichtig. Anzuzeigen wären jeweils nur durchzuführende Maßnahmen.

Auf Nachfrage der Mediatoren, was der Hintergrund für die aufgeworfenen Fragen sei, führte Herr Heitmann aus, dass seine Ziele in dieser Diskussion u.a. seien, den Landwehrkanal für alternative Schiffsmodelle zu öffnen und die Wettbewerbssituation im Kanal in diesem Sinne zu verändern. Daher würden Möglichkeiten gesucht, die bestehende Situation zu verändern. Er halte es für schwierig, diese Diskussion ohne Beteiligung

der Reedereien Riedel und Stern und Kreis mit ihren Vertretern Herrn Loch, Herrn Freise zu führen und bedauerte, dass diese im AK heute so schwach vertreten wären.

Erneut wurde die Frage aufgeworfen, wie sich Vielfalt auf dem Kanal herstellen ließe.

Frau Kummerlöh bemängelte, dass sie Probleme mit der Arbeit des Arbeitskreises hätte. Sie wünschte sich die Formulierung konkreter Fragestellungen, die dann nach und nach abgearbeitet werden könnten. Sie bestätigte, dass zusätzliche Anleger im Landwehrkanal nicht genehmigt werden könnten. Bei Feststellung einer Nichteinhaltung von Auflagen setze das reguläre Verwaltungshandeln ein, das bis hin zur Durchführung einer Ersatzvornahme reichen könne. Das WSA Berlin habe mit seinem gesetzlichen Auftrag keine Möglichkeiten den Einsatz von Schiffstypen oder Antriebsarten zu regeln. Vorstellbar wäre die Schaffung von Gemeinschaftsanlegestellen – wie auch bereits in der 2. Sitzung des Arbeitskreises erwähnt. Sie äußerte sich offen zu sein, über die Möglichkeiten solcher Projekte im Arbeitskreis zu sprechen. Beispielsweise könnte ein Arbeitsauftrag an den AK lauten, auszuloten, welche Kooperationen z.B. zur Mischnutzung von Kanal und Anlegestellen möglich wären. An einer solchen Sitzung sollten alle betreffenden Reeder teilnehmen.

Herr Hiller wies darauf hin, dass die Nutzung des Kanals jedem frei stünde und er protestiere gegen die Darstellung einer Monopolstellung der großen Fahrgastschiffahrtsunternehmen. Auch für diese sei die Verkehrslage im Kanal nicht einfach. Er wiederholte sein Anliegen kooperative Möglichkeiten zur Nutzung von Anlegestellen ausloten. Außerdem wies er darauf hin, dass die meisten Solarboote den Bestimmungen der Sportbootschiffahrtsverordnung unterlägen und nicht denen der Fahrgastschiffahrt. Ab einer gewissen Größenordnung wäre es mit Solarbooten schwerer, bestimmte Vorschriften einzuhalten. Daraufhin merkte Herr Ginsberg an, dass Solarboote mit über 100 Personen bereits fahren würden und die Stand der Technik wäre. Herr Paulus kam auf eine Bemerkung von Herrn Scholz zurück, der die Möglichkeit der Initiierung eines Pilotprojektes aufgeworfen hat. Er regte an, ein solches Pilotprojekt in Bezug auf die Solarbootschiffahrt ins Leben zu rufen. Dazu wären beispielsweise Experten des Bundes einzuladen, die u.a. über die dortigen Planungen informieren könnten.

Herr Dingler führte aus, dass es auf und am Kanal bereits eine große Vielfalt an Projekten (Kunst, Film o.ä.) und Events (Licht, Theater o.ä.) gäbe und die Sichtweise in Bezug auf die geforderte vielfältige Nutzung nicht nur auch auf Anlegestellen und Fahrgastschiffahrt beschränkt werden solle. Die Gesetze würden für alle Wasserstraßen bundesweit gelten. Berlin habe mit seiner hohen Verkehrsdichte, der unmittelbaren Wohnbebauung und der geringen Gewässerquerschnitte eine Sonderstellung und dieser Sonderrolle des Landwehrkanals sei das WSA sich durchaus auch bewusst.

Herr Schael bat die Teilnehmer/innen um kürzere Redebeiträge und schlug die Einführung einer Dreiminuten-Regel vor. Die Mediatoren wandten ein, dass dies kaum praktikabel sein dürfte. Gleichwohl wurde an alle der Appell gerichtet, sich kurz zu fassen.

Herr Schael erinnerte daran, dass Herr Scholz ausgeführt habe, dass der Einsatz der Bugstrahlruder entscheidend sei für den Zustand der Uferwände. Interessant wären in diesem Zusammenhang Restlaufzeiten.

Frau Enwaldt verdeutlichte das Anliegen der BI bezüglich der Ermöglichung von Vielfalt dahingehend, dass sie ausführte, dass die wahrgenommene Monopolstellung im Kanal zugunsten der Ermöglichung von Alternativen geöffnet werden sollte. Es ginge ihr darum, gemeinschaftlich mit allen Beteiligten tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Es sei bereits zu einer Zusammenarbeit mit den Reedereien gekommen und daran solle ihrer Auffassung nach angeknüpft werden.

Die Mediatoren haben diskussionsbegleitend am Flipchart gesammelt:

- Informationsbedarfe
- Mögliche nächste Tagesordnungspunkte für den Arbeitskreis

### 3.3 Informationsbedarfe (1)

Informationsbedarfe -1-

- Erhebung des Status Quo:  
Luft- & Lärmimmissionen
  - auf der Wasseroberfläche
  - in den Schleusen
  - z.B. Planufer bei Westwind
  - an den Anlege- & Liegestellenin der Saison

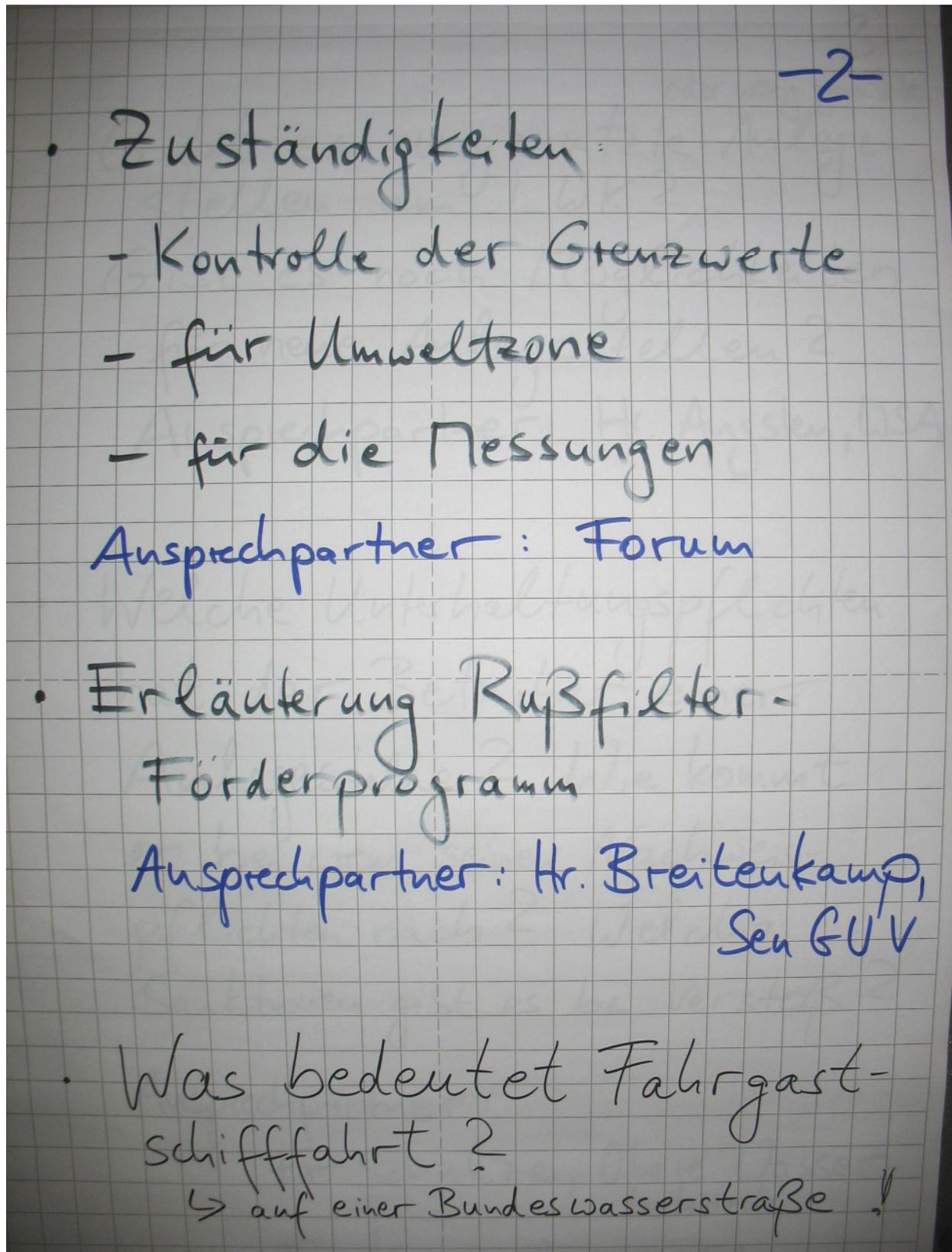
Ansprechpartner: Hr. Breitenkamp,  
Sen GUV

- Konkrete Informationen über die Umweltzone für Schifffahrt

Ansprechpartner:

- Hr. ~~Brussig~~<sup>Brussig</sup>, Humboldt-Uni
- Fr. Lompscher, Sen GUV

## Informationsbedarfe (2)



Herr Heß plädierte dafür, dass beim Bund erneut beantragt werden sollte, ein geeignetes Fahrgastschiff in das „Rußpartikel-Förderprogramm“ des Bundes aufzunehmen. Die Entscheidungen seien hier zwar bereits gefallen und es sei beispielsweise ein Schiff aus Saarbrücken in das bis 2010 laufende Programm aufgenommen worden; aufgrund der akuten Situation am Landwehrkanal sollte aber nach seinem Dafürhalten noch einmal der Versuch gemacht werden, auf das Ministerium zuzugehen mit der Bitte, ein weiteres Schiff in das Programm aufzunehmen. Herr Dingler und Herr Hiller unterstützten diesen Vorschlag gerade im Hinblick auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die im Landwehrkanal beispielsweise im Unterschied zum Rhein zu berücksichtigen seien: im Landwehrkanal würde mit Standgas, im Rhein mit Vollgas gefahren werden. Da der Bund Gesetzgeber für entsprechende Regelungen sei, hätte er hier die einmalige Chance mit zu testen, ob die Wirkungsweise der Rußpartikelfilter unter den hier herrschenden Bedingungen den Erwartungen entspreche. Viele Teilnehmerinnen unterstützten den Antrag auf Formulierung einer entsprechenden Beschlussvorlage für das Forum. Herr Ginsberg sprach sich dagegen aus, weil er die Rußpartikelfiltertechnik für keine zukunftsfähige Technik halte, die nicht innovativ genug und nur nachsorgend wirksam wäre. Er vertrat die Ansicht, dass der Berliner Senat ein ausreichendes Förder-Angebot in dieser Hinsicht unterhalte, das genutzt werden könne. Anwohnervertreterinnen äußerten dahingehend Unterstützung für eine Forumsvorlage, dass angesichts der langen Zeiträume die die Einführung innovativer Techniken bräuchte, die Aufnahme in das Förderprogramm den Vorteil hätte, in absehbaren Zeiträumen Ergebnisse zu erzielen, von denen die jetzigen Anwohner noch etwas haben könnten.

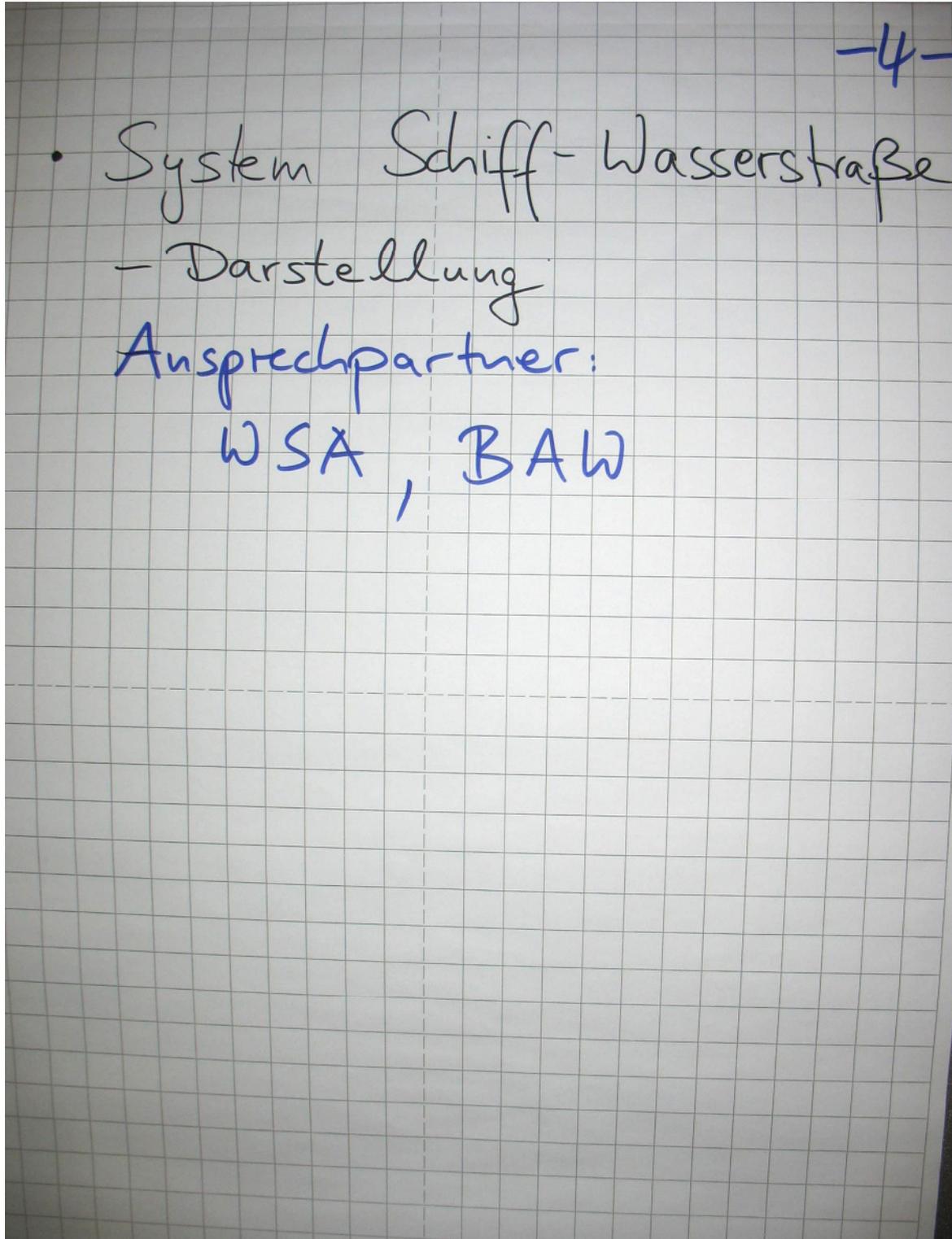
Eine einvernehmliche Beschlussvorlage wurde nicht erreicht. Von den Teilnehmern/innen wurde eine Erläuterung des Rußfilter-Förderprogramms gewünscht. Die Mediatoren baten die Teilnehmer/innen bis zur nächsten Forumssitzung am 28. April 2008 darum, die Argumente in den Interessensgruppen noch einmal abzuwägen. Eine Vorlage für das Forum könne immer noch eingebracht werden.

### Informationsbedarfe (3)

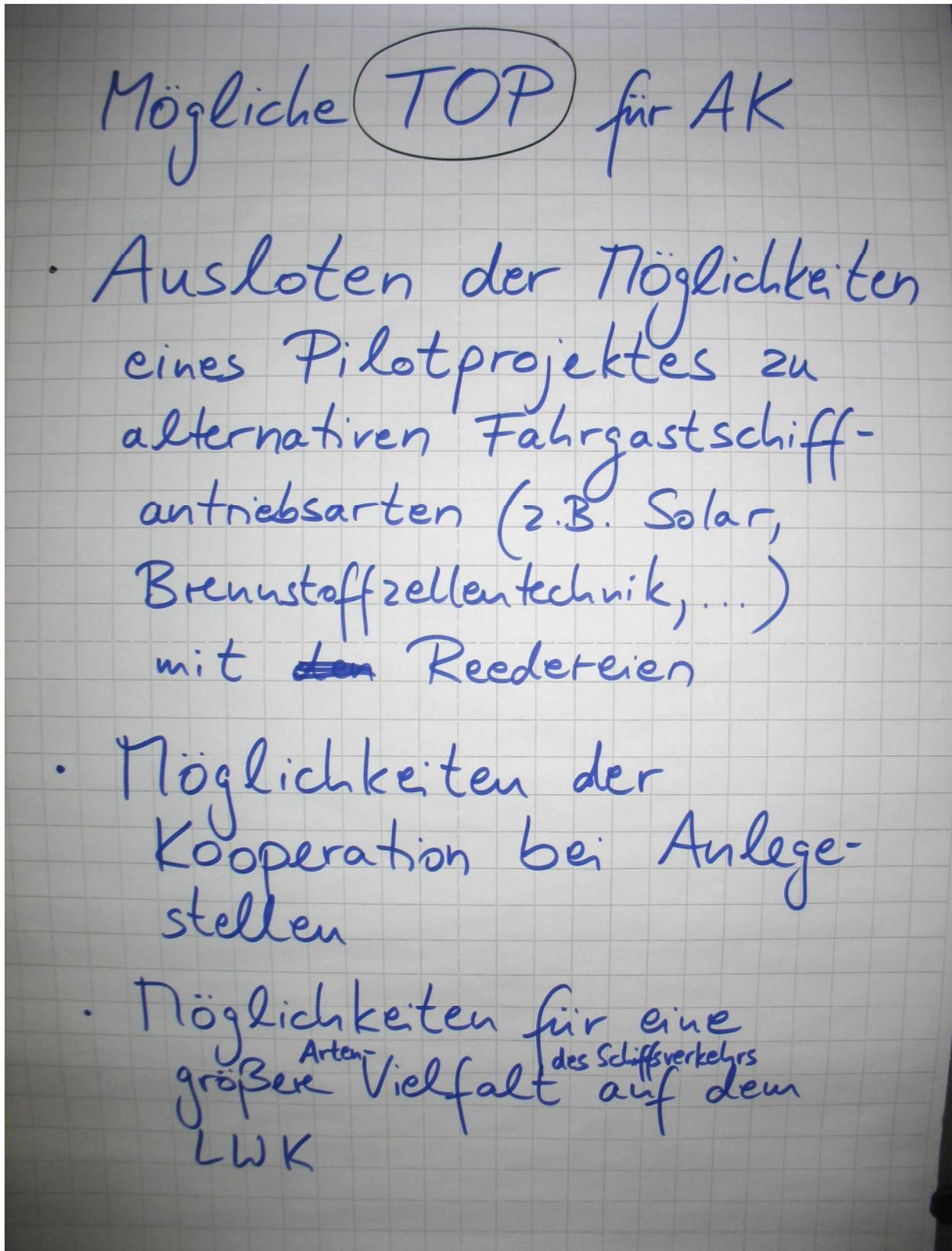
-3-  
oder wenig genutzte

- Gibt es ungenutzte Anlegestellen am LWK?  
Gibt es noch Möglichkeiten für neue Anlegestellen?  
Ansprechpartner: Hr. Angsten, WSA
- Welche Unterhaltungspflichten hat der Betreiber einer Anlegestelle? Wie kommt er bei wem seinen Nachweispflichten nach? Welche Sanktionen gibt es bei Verstoß?  
Ansprechpartner:  
Fr. Schulze, Obere Wasserbehörde  
Fr. Kummerlöh, WSA

## Informationsbedarfe (4)



### TOP 3.4: Mögliche Tagesordnungspunkte für den Arbeitskreis





Auf die Frage von Herrn Kessen, welche der Punkte bei den Teilnehmern/innen die höchste Priorität hätten, kristallisierten sich die beiden erstgenannten Punkte heraus.

Die Mediatoren erinnerten außerdem daran, dass es aus dem AK Naturhaushalt und Landschaftsbild einen klaren Arbeitsauftrag an den AK Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft (Nutzung des Kanals, Kooperation mit ökologischen Belangen) gebe, den es zu bearbeiten gelte. Diese Themen könnten jedoch sinnvoll nur bei Teilnahme der Vertreter der Schifffahrt besprochen werden.

## **TOP 4: Verschiedenes**

Die Ergebnisse des Arbeitskreises werden voraussichtlich am 28. April 2008 in der 6. Forumssitzung vorgestellt.

Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass die geplante Befahrung des Landwehrkanals am 4. April 2008 gute Möglichkeiten böte, einige der aufgeworfenen Fragestellungen, wie z.B. den Bestand an Anlegestellen, vor Ort zu prüfen. Herr Augsten hat angekündigt die Begriffe von Sunk und Schwall u.a. während der Fahrt zu erläutern.

## **TOP 5: Verabschiedung**

Die Mediatoren dankten allen Teilnehmer/innen des Arbeitskreises für ihre Teilnahme und ihren fachlichen Beitrag und wünschten allen einen guten Heimweg.